

# 0626 (V) Ant

Antrag  
öffentlich

## Solidarität mit den Menschen der Ukraine Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 4. März 2022

Datum

08.03.2022

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Beschluss			Abstimmung		
		Laut Vorschlag	abwei- chend	Ja	Nein	Enthal- tung	
Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Gesundheit und Teilhabe	10.03.2022						
Ausschuss für innere Organisationsangelegenheiten, Finanzen und Gleichstellung	17.03.2022						
Regionausschuss	22.03.2022						
Regionsversammlung	30.03.2022						

### Beschlussvorschlag der Fraktion/Gruppe

Die Region Hannover erklärt ihre volle Solidarität mit den Menschen in der Ukraine. Hierzu bekundet die Region Hannover ihre Bereitschaft, die Kommunen bei der Aufnahme der Geflüchteten tatkräftig zu unterstützen.

Die Regionsversammlung und die Verwaltung sind sich in ihrem Bestreben einig,

1. kurzfristig in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinde alle zur Verfügung stehenden Kapazitäten in Gemeinschaftsunterkünften, dezentralen Unterbringungsmöglichkeiten und anderen geeigneten Unterkünften zu aktivieren, um schutzsuchende Menschen, ggf. über das von den Zuweisungen des Landes verpflichtende Maß hinaus, aus der Ukraine unterzubringen,
2. und in Zusammenarbeit mit den relevanten Akteur\*innen
  - a) alle nötigen organisatorischen Vorbereitungen zu treffen, um eine unbürokratische und reibungslose Aufnahme zu gewährleisten,
  - b) eine medizinische und psychologische Erstversorgung anzubieten,
  - c) Personal mit entsprechenden Sprachkenntnissen zu akquirieren und erste Bildungsangebote bereitzuhalten,
  - d) dabei die besonderen Bedürfnisse von Frauen, Kindern und Jugendlichen zu berücksichtigen,

zu prüfen ob Üstra Reisen, Regiobus, Hilfsorganisationen und Busunternehmen aus der Region Hannover in einer koordinierten Aktion z.B. des Landes Niedersachsen mit Bussen helfen können, um Geflüchtete aus den Grenzregionen zur Ukraine in die Region Hannover zu holen, um die Erstaufnahmeländer zu entlasten.

### Sachverhalt

Durch den völkerrechtswidrigen Angriff der russischen Streitkräfte auf die Ukraine, wird die

Zivilbevölkerung eines ganzen Landes mitten in Europa bedroht. Es herrscht Krieg in Europa. Viele Menschen sterben in diesem Moment und etliche Menschen fliehen aus diesem unrechtmäßigen Krieg, der ihre Existenz bedroht.

Die Region Hannover erklärt ihre ganze Solidarität mit der Ukraine und steht den Opfern des völkerrechtswidrigen Angriffs bei. Wir sind zutiefst betroffen und bestürzt und verurteilen die Invasion aufs Schärfste. Der Angriff auf die Ukraine ist ein Angriff auf uns alle und auf den Frieden in Europa.

Für diesen Krieg ist ganz allein die russische Regierung um den Staatspräsidenten Wladimir Putin verantwortlich. Dieser Krieg ist Putins Krieg. Deswegen gilt unsere Solidarität auch der russischen Zivilgesellschaft, die gegen den Angriffskrieg auf die Ukraine in russischen Städten demonstriert. Diese Menschen haben unsere Solidarität und Respekt für ihren Mut verdient, denn ihnen drohen Gewalt, und schwere unrechtmäßige Strafen. Die Demonstrationen in Russland machen Hoffnung für einen demokratischen Aufbruch in hoffentlich nicht allzu ferner Zukunft.

Die demokratischen Staaten in Europa und in der Welt sind jetzt dazu aufgefordert, Solidarität und Geschlossenheit zu zeigen. Der Solidarität muss auch in der Region Hannover weiterhin Sichtbarkeit verschafft werden, wir müssen alles Mögliche tun um Geflüchteten die notwendige Hilfe zuteilwerden zu lassen und dafür Sorge zu tragen, dass das Leid der ukrainischen Bevölkerung nicht in Vergessenheit gerät.

Wir unterstützen die Hilfen und Vorbereitungen, die die Verwaltung der Region Hannover, die Kommunen und die Zivilgesellschaft schon jetzt für die Kriegsvertriebenen aus der Ukraine leistet. So findet z.B. die Möglichkeit der kostenlosen Nutzung des ÖPNV im Bereich des GVH unsere volle Zustimmung.

Begründung der Dringlichkeit:

Der verbrecherische Angriffskrieg der Russischen Föderation auf die Ukraine hat laut der UN die am schnellsten wachsende Flüchtlingsbewegung in Europa seit dem 2. Weltkrieg ausgelöst. **Derzeit sind 1,7 Mio. Menschen auf der Flucht.** Geflüchtete Menschen treffen in der EU ein und auch in Deutschland und der Region Hannover müssen wir diesen Menschen schnell und würdig helfen. Darum muss die Region Hannover **jetzt** mit den angehörigen Kommunen handeln, um auf die Menschen aus der Ukraine, ihre Versorgung und Integration, vorbereitet zu sein.

**Anlage/n**

Keine